

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Abbestellungspreis: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. **Wochenpreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 2,50 M., bei Zustellung ins Haus monatlich 3,25 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 M. — ohne Zustellungsgebühr. **Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.** **Verkaufspreis:** Amt Leipzig Nr. 21 543. — **Gemeindegewerbesteuer:** Amt Bischofswerda Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.** **Anzeigenpreis:** Die 6-spaltige Grundzeile (inkl. 14 Zeilen) kostet 10 Pf., die 4-spaltige 8 Pf., die 3-spaltige 6 Pf., die 2-spaltige 4 Pf., die 1-spaltige 2 Pf. — Für besondere Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 7. Sonntag, den 9. Januar 1921. 75. Jahrgang.

Der Wirrwarr der Reichsfinanzen.

Mit dem bevorstehenden Wiedereintritt des Reichstages tauchen die Streitfragen erneut auf, die man vor Weihnachten mit dem Bestreben beiseite schob, die Festtage nicht durch eine Krise zu tören und noch vor Ablauf des Jahres ahermalts Bewirtung in die Kreise des ruhebedürftigen Volkes hineinzutragen. Auf die unheilbar gewordene Position des Reichsfinanzministers ist bereits früher hingewiesen worden. In Berlin gutunterrichteten Kreisen meißt man, wie den „Leipz. Neue. Nachrichten“ gemeldet wird, zu der Ansicht, daß wir zu Beginn dieses Jahres vor folgenschweren Ereignissen stehen. Nicht nur die Stellung des Dr. Wirth ist erschüttert, nein, man verschleht sich nicht der Möglichkeit, daß um die Zeit der Reichstagswahlen herum auch eine Krise im Reichstabinett erfolgen kann. Das sind zunächst allerdings nur Vermutungen, bremsender ist jedenfalls die Angelegenheit Dr. Wirths. Von der äußersten Rechten bis zur Linken ist man sich darüber einig, daß Dr. Wirth innerhalb des Reichstages nicht mehr den nötigen Rückhalt besitzt, um auf die Dauer einen Posten zu bekleiden, der gerade in Hinblick auf unsere verzweifelte Finanzlage in besonderer Maße vom Vertrauen des Volkes getragen werden muß.

Wie ist denn augenblicklich die Lage, deren auch Dr. Wirth trotz seiner erhöhten Befugnisse und Verantwortlichkeiten nicht Herr zu werden vermag? Wir leben in der jungen parlamentarisch regierten Republik drei Faktoren heftig gegeneinander wirken anstatt daß sie einig hand in Hand arbeiten. Da sind zuerst die Ministerien selbst, die mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, allen Reformplänen, die ihr Ressort unmittelbar betreffen und es zu beschleunigen erstreben, unzugänglich bleiben. Dann sind als zweite Gruppe die parlamentarischen Hauptkräfte zu nennen, deren Ehrgeiz, Eitelkeit, Stolz, Sturheit, ständig wächst und seine Grenzen mehr kennt. Gerade hier zeigen sich die Ministerien den Sonderwünschen einzelner Abgeordneter oder Ausschüsse gegenüber von einer bedauerlichen Rücksichtslosigkeit, die in schroffem Gegensatz steht zu der vorher angeführten Hartnäckigkeit beim Kampf um ihre Kompetenzen. Als letzte Gruppe sind die großen Organisationen zu nennen, deren Einspruch immer heftiger wird und die planmäßig unsere Regierungswirtschaft empfindlich stören. Das A und O unserer Regierung aber wurzelt in unserer Finanzlage, und hier hat es Dr. Wirth nicht verstanden, mit starker Hand durchzugreifen.

Große organische Änderungen sind notwendig und schon in aller nächster Zeit wird in der Öffentlichkeit die Frage aufzuwerfen, wer an Stelle des jetzigen Reichsfinanzministers treten soll, um die kommenden Aufgaben zu bewältigen. Wenn man bedenkt, daß unser Finanzgebaren auch auf das Ausland und die Forderungen der Entente zugeschnitten werden muß, so kann uns selbst ein Bankier, wie er von vielen Stellen gefordert wird, nicht viel nützen. Das bisherige Verfahren, einen Parteimann zu wählen, hat sich als völlig verfehlt erwiesen. Vielmehr fordert die bedrohliche finanzielle Zuspitzung, nunmehr einen verwaltungstechnisch hervorragend geschulten Fachminister einzusetzen, der Theoretiker und Praktiker in einer Person ist.

Mit dem zu erwartenden Rücktritt des Dr. Wirth wird auch eine zweite Frage akut, nämlich die, was aus dem Spartomissar, dem Präsidenten Karl, werden soll. Dr. Karl hat nunmehr ein Programm ausgearbeitet, das jetzt den Ministertagen vorliegt, die sich dazu äußern sollen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Präsident im Amte verbleiben wird, wenn der jetzige Reichsfinanzminister seinen Posten verläßt und irgend eine neue unbekannte Größe an seine Stelle tritt. Das hieße für den Spartomissar, sozusagen noch einmal von vorne anfangen, um den neuen Vorgesetzten, der vielleicht ganz anderen Anschauungen baldigt, für seine Pläne zu gewinnen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn verschiedentlich der Wunsch geäußert wird, den Stellenwechsel im Reichsfinanzministerium, der doch unvermeidlich ist, dazu zu benutzen, um das Ressort des Präsidenten Karl endlich auf gesunde Grundlage zu stellen. Was wir bisher befehlen, bestand nur in Halbmäßen. Man überließ es einem Mann von den Kenntnissen und der Laktkraft des Präsidenten Karl, säuberlich seine Vorschläge auszuarbeiten, man gab ihm, aber nicht die Macht, sie auch durchzuführen. Infolgedessen mußte das finanzielle Reformwerk Karl überall auf Hindernisse stoßen, und in manchen Ministerien sieht man mit berechtigtem Spott, wie dieser Mann, dem wohl ein Amt, aber keine Gewalt übertragen wurde, sich persönlich demüht, den Sumpf unserer Finanzcorruption trockenzulegen.

Es erscheint nunmehr dringend an der Zeit, daß die Parteien, Gruppen und Grüppchen alle ihre Sonderinteressen rüflos in den Hintergrund stellen, um es der Allgemeinheit zu ermöglichen, wieder auf die Höhe zu kommen. Dieses Bestreben muß auch in der Wahl eines neuen Reichsfinanzministers Ausdruck finden und man würde es begrüßen, wenn der bisherige Spartomissar, Präsident Karl, auf den Posten gebracht würde, wo sein Wirken wirklich nachdrücklich und stark zur Geltung kommen kann, nämlich an der Stelle, die jetzt Herr Wirth innehat. So unerschrocken in unserer Zeit der Gleichmacherei auch manchem der Ausdruck in den Ohren klingen mag: Wir brauchen einen Finanzdiktator, ohne dessen Einwilligung die Ministerien nicht befugt sind, das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauszuwerfen, wie es jetzt noch immer geschieht. Man gebe diesem wohlverstandenen Mann, der nach bereit sein müßte, mit Energie das „Rein-Sagen“ durchzuführen, wirklich die Vollmacht, die er nötig hat, um uns einer Besserung unserer katastrophalen Finanzlage entgegenzuführen. Wir sind rettungslos verloren, wenn nicht ein völliger Systemwechsel sofortigen Wandel bringt. So langwierigen Experimenten haben wir keine Zeit. Daher, wenn eine Entscheidung getroffen werden soll, ob man mit dem Fortgang des Dr. Wirth einen Strich unter die Rechnung machen und auf neuen Grundfüßen fußend von vorne beginnen will, dann gebe man auch dem Präsidenten Karl entweder die Stellung, von der aus er seine Reformen durchführen kann, oder man lasse den Vorhang vor dieser ganzen Komödie fallen mit dem Zugeständnis, daß man in dem Spartomissariat zwar ein Reformwerk zu schaffen versuchte, dem Beauftragten aber die Mittel vorenthalten, es durchzuführen, mithin einen Schlag ins Wasser tat.

Sieben Milliarden Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt.

Berlin, 7. Januar. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates legte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth die Finanzlage und die Deckungsabsichten für das vorhabende Budget dar. Der Etat wird neuerdings wieder dadurch eine sehr erhebliche Belastung erfahren, daß das Kabinett in Abwesenheit des Finanzministers beschlossen hat, den Forderungen der Eisenbahner entgegenzukommen. Falls diese Forderungen bewilligt werden sollten, würde sich eine Mehrbelastung von etwa sechs Milliarden ergeben. Dazu kämen aber eventuell noch die Erfahrungsprüfungen, die Gemeinden und Länder aus den automatisch sich ergebenden Zuschlagforderungen ihrer Beamten erheben würden. Der Finanzminister erklärte, daß er seine Stellung davon abhängig machen werde, daß für die eventuellen Bewilligungen auch Deckungen sichergestellt würden. Der Minister sah im wesentlichen Lohnerhöhungen der Eisenbahnen, Erhöhungen der Postgebühren neben verschiedenen Steuern als Deckungsmöglichkeit ins Auge.

Das Budget des Jahres 1921 wird nach Auffassung des Finanzministers im ordentlichen Etat einen Mehrbedarf von mindestens sieben Milliarden ergeben. Ein weiterer Ausbau der direkten Steuern sei unmöglich. Nach der bisherigen Steueremethode können die endgültigen Bedürfnisse des Reiches, namentlich nach der Festsetzung der Entschädigung an die Feinde, nicht gedeckt werden. Dazu müßten neue Wege eingeschlagen werden. Insbesondere wird sich zeigen, daß jede Finanzpolitik letzten Endes Wirtschaftspolitik ist, und dann wird die große Stunde des Reichswirtschaftsrates gekommen sein, denn dann ist der Rat der Sachverständigen notwendig. An die Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Debatte. Von besonderer Bedeutung waren die Darlegungen von Max Cohen über die Wiederbereitstellung wesentlicher Mengen der aus dem Export gewonnenen Devisen von Seiten der deutschen Industrien. Der Reichsfinanzminister verlangte eine Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates in dieser Frage. Es wurde beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Verhandlung mit den Beamtenvertretern.

Berlin, 7. Januar. (B. L. B.) Im Verlauf des Freitag haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Leuzungszulage mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahn-Großorganisationen stattgefunden, an denen u. a. außer dem Reichsfinanzministerium, des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums beteiligt waren. Diese Besprechungen führten nach langen Verhandlungen zu einer Vereinbarung:

auf der Grundlage der im Reichsverkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen, bis auf den Punkt, in welchem der Deutsche Beamtenbund glaubte, seine Bedenken nicht zurückhalten zu können. Es sind nunmehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums und des Reichskabinetts, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Landesregierungen stattgefunden haben.

Die Ortsklasseneinteilung in Sachsen.

Dresden, 8. Januar. Am gestrigen Freitag fand im Ministerialgebäude unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Schmitt eine Beratung der Regierung mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahnerorganisationen Landesgruppe Sachsen statt, der ein Vorschlag des Ministeriums des Innern über die Einteilung der sächsischen Orte in das neue Ortsklassenverzeichnis zugrunde lag. Geheimrat Schmitt gab zunächst Aufklärungen über die bei dieser Einrichtung von der Regierung aufgestellten Regeln und wies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die gerade in Sachsen bei seiner schwierigen Wirtschaftslage zu überwinden seien. Eine volle Berechtigung sei nicht zu erreichen. Die Regierung lagte zu, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß außer den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz mit ihren Vororten auch die Orte Zwickau, Plauen, Annaberg-Buchholz, Hohenstein-Ernstthal und gegebenenfalls Wittweida in die Ortsklasse A eingereiht werden sollen. Im übrigen wurde eine große Zahl von Orten der einzelnen Ortsklassen hüber eingestuft. Von den einzelnen Organisationen wurde besonderer Nachdruck darauf gelegt, daß eine niedrigere Einstufung der sächsischen Orte als in die Klassen A, B und C überhaupt unterbleibt, so daß also die Klassen D und E möglichst wegfallen sollen. Das Ortsklassenverzeichnis, das gestern aufgestellt wurde, soll nicht als die endgültige Regelung angesehen werden, aber die Organisationen erklärten sich mit einer vorläufigen Berücksichtigung des nunmehr vorliegenden Entwurfes mit den getroffenen Änderungen einverstanden unter der Bedingung, daß die Zahl der gegenwärtig noch in Ortsklasse D eingereihten etwa 500 Orte bedeutend herabgemindert wird und dafür nur die Orte im Nordosten des Landes mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter in Frage kommen können. Es sind somit wesentliche Besserungen zugunsten der Beamten durchgeführt worden, von denen auch zahlreiche Orte der Lausitz betroffen werden.

Sächsischer Landtag.

8. Sitzung. Dresden, 7. Januar. Zunächst gibt der Präsident bekannt, daß ein Antrag, betreffend die Strafverfolgung des Abgeordneten Frähdorf wegen Beleidigung eingegangen ist. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Antrag der Deutschnationalen, dem Landtag so schnell als möglich einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Vergütung von Gebäudeschäden bei der Landesbrandversicherungsanstalt vorzulegen, nimmt der Minister des Innern Lipinski das Wort, um mitzuteilen, daß das Gesamtministerium sich noch heute mit einer entsprechenden Vorlage befassen werde. Abg. Dr. Schardt (Deutschnat. Bp.) erklärt, durch die Mitteilung des Ministers sei der Zweck des Antrages erfüllt und er spricht die Hoffnung aus, daß sich auch hier bewahrheiten möge, daß gut wird, was lange währt. Der 2. Punkt der Tagesordnung betrifft einen Antrag der Unabhängigen auf Abänderung der Geschäftsordnung. Da niemand zur Begründung des Antrages erschienen war, erklärte der Präsident die Angelegenheit für erledigt und die Sitzung für geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 11. Januar, mittags 2 Uhr. Tagesordnung: Erwerbslosenunterstützungs-Fragen, Theorie und Praxis.

Die Deputation der Dresdner Erwerbslosen, die, wie wir schon mitteilen, am Donnerstag im sächsischen Landtag mit den Vertretern der Fraktionen verhandelt, erhob im Verlauf dieser Verhandlungen u. a. auch die Forderung auf Befreiung der Konsumbestimmungen über die Unterstützung bezüglichen Erwerbslosen. Die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderung ist jetzt daraus hervor, daß sich am gleichen Tage im Reichsministerium des Innern, an dessen Spitze ebenfalls der Unabhängige Dörmann steht, beson-